

## **Haushaltsrede der UWV-Fraktion zum Haushalt 2010**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,

das Haushaltsdefizit unserer Stadt ist prozentual höher als das von Griechenland. Nur leider können wir – im Gegensatz zu Griechenland – keine finanzielle Hilfe vom internationalen Währungsfond erwarten. Aber wir wollen nicht klagen, betrachtet man die Haushaltslage anderer Kommunen im Kreis, z.B. der Stadt Bad Münstereifel, könnte es also noch schlimmer sein. Die Entwicklung der Stadt Euskirchen darf aber auf keinen Fall ein solches Ausmaß – wie z.B. in Bad Münstereifel – annehmen. Eine Möglichkeit dies zu verhindern wäre z.B. die Einrichtung einer Strukturkommission, die sämtliche Aufgaben und Ausgaben der Stadt Euskirchen vorbehaltlos und ohne parteipolitisches Kalkül durchleuchtet, um Sparpotenziale auszuloten und Strukturverbesserungen vorzuschlagen. Hierbei sollte es sich nicht um ein Beschlussgremium handeln, sondern die Vorschläge sollten dann in den entsprechenden Gremien beraten werden. Ein alter Spruch lautet: „Spare in der Zeit, so hast Du in der Not!“

Also liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns beginnen bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist!

Noch immer hat uns die Weltwirtschaftskrise im Griff. Dies noch verstärkt durch die Beschlüsse in Düsseldorf und Berlin, wo die Regierenden der Auffassung sind, dass ihre Haushalte dadurch saniert werden können, wenn Kosten und Aufgaben nach unten, heißt auf die Kommunen, delegiert werden.

Sehr geehrter Herr Kollege Vossemer, nochmals herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl in den Landtag des Landes NRW. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und lege Ihnen intensiv ans Herz, Ihre Wurzeln in unserer Stadt und deren finanzielle Probleme nicht zu vergessen und sich bei entsprechenden Vorhaben des Landes die Interessen der Kommunen wahrzunehmen.

Viele Betriebe und Gewerbetreibende kämpfen weiterhin ums reine „Überleben“. Die gesunkenen Ergebnisse der Gewerbesteuererinnahmen aus 2009 sprechen hier eine eindeutige Sprache. Umso unverständlicher ist es der UWV, dass die Stadtverwaltung oder besser gesagt, Sie Herr Dr. Friedl, an eine Erhöhung der Gewerbesteuer denken! Wollen Sie die Betriebe wirklich noch weiter schwächen? Wollen Sie wirklich noch mehr Arbeitslosigkeit schaffen?

Das Ergebnis laut Haushaltsplanentwurf über die Mehreinnahmen durch die Steuererhöhung sind sehr zweifelhaft. Was passiert, wenn etliche kleinere und mittelständische Unternehmen in die Knie gehen. Ohne diese Einnahmen, wovon leben wir dann? Lieber einen berechenbaren Spatz in der Hand, als eine fiktive Taube auf dem Dach!

### **Nochmal zum Vergleich:**

Wir erhöhen die Gewerbesteuer. Etliche Unternehmen können nicht „Schritt“ halten und müssen betriebsbedingte Kündigungen aussprechen oder sogar schliessen. Wir erhöhen die Arbeitslosenzahl und zugleich die Kosten im Sozialbereich und das bei tatsächlich sinkenden Einnahmen. Daraus ergibt sich ein hervorragender Dominoeffekt, denn heute die Steuern zu erhöhen heißt, dass sich in 2 Jahren noch zusätzlich die Schlüsselzuweisungen verringern und als sei das noch nicht genug, werden zeitgleich die Umlagen steigen. Von EUR 1,-- verbleiben der Stadt demnach dann nur noch EUR 0,30. Diese Art von Solidarität mit Land und Kreis ist zwar schön, aber zur Zeit für uns nicht finanzierbar.

### **Außerdem sollte man einen Aspekt nicht vergessen:**

Vergleicht man unsere Steuersätze mit den umliegenden Kommunen, ist die Stadt Euskirchen noch für ansiedelnde Gewerbetreibende attraktiv. Dies möchte ich vor dem Hintergrund der „Prime Site Rhine Region“ ausdrücklich betonen. Die LEP-Fläche soll in den nächsten Jahren bzw. so schnell wie möglich vermarktet werden. Steuererhöhungen sind vor diesem Hintergrund offensichtlich kontraproduktiv.

Dem Schrecken ist aber noch kein Ende gesetzt, denn Sie wollen auch gleich die Grundsteuern A und B sowie die Hundesteuer erhöhen. Auch hier wollen Sie den Bürger zur Kasse bitten, da Ihnen, Herr Dr. Friedl, scheinbar die Ideen ausgehen. Wir sind der Meinung, dass in der jetzigen Situation – wo wir für fast alles tiefer in die Tasche greifen müssen, zeitgleich die Einkommen aber nicht in der Art mit ansteigen und wir real immer weniger Geld zur Verfügung haben – Steuererhöhungen jeglicher Art ein falsches Signal und kontraproduktiv sind. Aus diesem Grund werden wir keine der angedachten Steuererhöhungen mittragen.

Was wir allerdings begrüßen ist die Tatsache, dass Sie Herr Dr. Friedl, die Anteile an der EUGEBAU veräußern wollen. Dies haben wir bereits im Jahr 2007 in unserer Haushaltsrede gefordert. Dieser Bereich gehört nicht zum Kerngeschäft einer Verwaltung! Es ist sinnvoller, aus dem Verkaufserlös Kredite zu tilgen um Zinsen zu sparen. Da braucht man nicht lange zu rechnen, um zu erkennen, dass die Zinsersparnis mittel- und langfristig höher ist als die

Renditezahlung aus den EUGEBAU-Anteilen. Dies eröffnet uns zukünftig breitere Handlungsspielräume. Allerdings fordern wir, dass zukünftige Investitionen aus dem Resterlös unbedingt zweckgebunden sein sollten, damit das Geld nicht für unsinnige Anschaffungen vergeudet wird. Vorschlag unsererseits: Investitionen in Kinder, Familien und Bildung. Bitte nicht – wie schon so oft – in Beton! Hoffentlich sehen Ihre Parteifreunde das diesmal genauso wie Sie, Herr Dr. Friedl. Wir wünschen uns dies und werden Sie bei diesem Vorhaben unterstützen!

Ebenso lobenswert ist für unsere Stadt, dass sie sich die Betreuung der Kindertagesstätten nicht aus den Händen hat nehmen lassen. Marginal wären dort vielleicht Einsparpotenziale vorhanden. Aber nach unserer Auffassung stellt diese Aufgabe einen unverzichtbaren Baustein in die Daseinsvorsorge unserer Stadt und aller Einwohner dar. Um junge leistungsfähige Familien anzusiedeln, ist eine sinnvoll gelenkte Kinder- und Jugendbetreuung ein ebenfalls unverzichtbarer Infrastrukturfaktor. In diesem Zusammenhang darf die Kinderbetreuung nicht nur auf wirtschaftliche Berechnungen basieren. Vielmehr müssen hier von uns festlegbare Qualitätsstandards als Maßstab dienen. Wir sind sicher, dass die Entscheidung, die Kinderbetreuung in unseren Händen zu halten, die Richtige gewesen ist.

## **Stellenplan**

Um die von Düsseldorf und Berlin aufgedrückten Aufgaben erfüllen zu können, waren wir gezwungen, neue Stellen zu schaffen. Unter anderem legt Kibiz den Kommunen hier klare Vorgaben vor, die es umzusetzen gilt. Aus diesem Grund geht aus dem Stellenplan eine leichte Erhöhung der Stellen hervor. Da dies hauptsächlich Stellen für die Kindertagesstätten sind, sehen wir die erhöhten Personalkosten als selbstverständliche Investition in die Kinder bzw. unsere Zukunft an. Hier können wir aus den o.g. Gründen auf keinen Fall sparen.

Grundsätzlich sind wir uns mit Ihnen, Herr Dr. Friedl und einigen anderen Fraktionen ja einig, Personalkosten einzusparen. Diesen Pfad hat die Verwaltung auch selbst eingeschlagen. Auch wenn jetzt einige Stellen dazugekommen sind. In der Notwendigkeit der Aufgabenerfüllung und aufgrund der plausiblen Erklärung Ihrerseits und der bereits genannten gesetzlichen Vorgaben, tragen wir den Stellenplan in seiner jetzigen Form mit. Sozialverträgliche Stelleneinsparungen ja, betriebsbedingte Kündigung – so wie die CDU-Fraktion es billigend in Kauf nimmt – nein. Nicht mit uns. Das war, ist und wird für uns nie ein Thema sein. Wir verstehen unter sozialverträglichen Stelleneinsparungen, keine Kündigungen, sondern durch Personalfluktuaton frei werdende Stellen nicht mehr zu besetzen. Aber selbstverständlich auch nur soweit, wie die Arbeitsbelastung der jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung es zulässt. Alles was über eine solche Grenze

hinausgeht, führt nur zu erhöhten Ausfallzeiten, Demotivation und reduzierter Effektivität. Wir stehen hier nicht für ein Gegeneinander, sondern wir müssen alle gemeinsam, Rat und Verwaltung, unsere Stadt lebenswert und zukunftsfähig erhalten. Wir stimmen mit Ihrer Aussage aus dem letzten Haupt- und Finanzausschuss, dass die sogenannte Schmerzgrenze vielfach bereits erreicht und teilweise überschritten sei, überein. Nach dieser Aussage von Ihnen kann Niemand mit gesundem Menschenverstand – der weiß was Arbeit heißt – verlangen, noch zusätzlich Personal einzusparen, daher stoßen die Überlegungen der CDU-Fraktion bei uns auf völliges Unverständnis. Sparen ja, aber mit Sinn und Verstand!

### **Kreisumlage**

Wie wir von der Kreisumlage gehört haben, sind dort allen vorherigen Versprechungen zum Trotz weitere Erhöhungen vorgenommen worden. Nachdem so viele Wohltaten ausgeschüttet werden sollen und der Kreis nicht das Bedürfnis verspürt in die Haushaltssicherung zu gehen, ist hier noch ein kleines Wunderpaket auf uns zugekommen. Vor diesem Hintergrund ist die „Postenschacherei“ in der Kreisverwaltung ein unwürdiges und teures Schauspiel! Mit Sachpolitik hat das nichts mehr zu tun.

### **City-Forum – eine unendliche Geschichte**

Sehr geehrter Herr Dr. Friedl, wir danken Ihnen, dass Sie sich unseren 2 Jahre alten Antrag zur Veräußerung des City-Forums anschliessen. Sie sehen, unsere guten und konstruktiven Vorschläge setzen sich langfristig durch. Damals lachten Sie über unseren Antrag, wir sehen aber darüber hinweg, denn offensichtlich war unser Vorschlag so gut, dass Sie diesen aus parteipolitischen Gründen – es war ja nicht Ihre Idee – ablehnten. Der eine oder andere braucht halt etwas länger.

Wir haben zwar zur Zeit einen Pächter im City-Forum, dem Vernehmen nach mit mehr Erfolg als seine Vorgänger. Dies ändert an der Eigenschaft des City-Forums als Geldvernichtungseinrichtung z.Zt. trotzdem nur wenig. Hoffen wir einmal, dass die Ideen des Pächters den gewünschten Erfolg bringen und uns in der Folge finanziell noch stärker entlastet. Perfekt wäre natürlich der Komplettverkauf ohne weitere jährliche Belastung für die Stadt.

Sollten beide Möglichkeiten fehlschlagen, besteht immer noch die Möglichkeit unseren Vorschlag aus dem Vorjahr zu folgen. Für die, die es vergessen haben: Er lautete, das City-Forum einzuebnen und einen Parkplatz zur Förderung der Wirtschaftskraft, zur Not auch mit Brötchentaste um die FDP glücklich zu machen, zu schaffen.

Unter der Voraussetzung, dass die EUGEBAU-Anteile verkauft werden und der Resterlös zweckgebunden verwendet wird, Steuererhöhungen unterbleiben, die Investitionen entsprechend des Plans umgesetzt werden und betriebsbedingte Kündigungen unterbleiben, würde die UWV dem Haushalt zustimmen. Andernfalls sehen wir uns leider außerstande, dem vorliegenden Haushalt zuzustimmen.

Für die UWV-Fraktion  
Susanne Daniel  
-Fraktionsvorsitzende-

(es gilt das gesprochene Wort)